

Antrag

der Fraktion der AfD

Vereinsamung und Erkrankungen von Senioren durch Corona-Einschränkungen verhindern

I. Der Landtag stellt fest:

Ältere Menschen sind von der Corona-Krise in besonderer Weise betroffen. Sie sind nicht nur besonders anfällig für eine Erkrankung an Covid-19, sondern sie haben häufig auch unter den starken Einschränkungen, insbesondere den Kontaktbeschränkungen, zu leiden. Der Gesetzgeber ist in besonderer Weise gefordert, dem Erkrankungsrisiko durch das Corona-Virus entgegenzutreten, ältere Menschen dabei aber auch vor Notsituationen und vor negativen psychologischen Folgen, wie Vereinsamung und Depression sowie physische Krankheiten, die sich aus der erzwungenen Freiheitseinschränkung ergeben, zu schützen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. den Schutz der Grundrechte zu priorisieren und bei der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen besser zu berücksichtigen;
2. dem Landtag zeitnah ein Konzept vorzulegen, um die die unter Nummer I geschilderten Problemlagen zu lindern und zu verhindern,
3. alles erforderliche zu unternehmen, um sicherzustellen, dass die Bewegungsfreiheit für Bewohner von Alten- und Pflegeheimen garantiert ist und sie diesbezüglich nicht schlechter gestellt werden als die übrigen Bürger;
4. sicherzustellen, dass die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen unter Einhaltung der Hygienevorschriften uneingeschränkt Besuch empfangen können;
5. sicherzustellen, dass sowohl in Alten- und Pflegeheimen als auch im ambulanten Pflegedienst jederzeit ausreichend Schutzausrüstung (Desinfektionsmittel, Mundschutz, Handschuhe et cetera) zur Verfügung steht;
6. die Lage von Senioren während der Corona-Beschränkungen mit Bezug zu ihrer Lebenssituation (alleinlebend, mit Partner oder Kindern, in Pflegeheim, sonstiger Einrichtung et cetera) zu untersuchen und daraus abzuleiten, in welchen Bereichen es besondere Probleme gab;
7. zu erheben, in welchem Maße ältere Menschen in Alten- und Pflegeheimen über Telefon und Videotelefonie Kontakt zu ihrer Familie und Freunden haben halten können und inwiefern sich dies positiv auf die (psychische) Gesundheit der älteren Menschen ausgewirkt hat;

8. zu untersuchen, inwiefern sich Kontaktbeschränkungen auf die Häufigkeit von Suiziden und Suizidversuchen bei älteren Menschen ausgewirkt haben.

Begründung:

Während der Corona-Maßnahmen waren und sind Senioren mit Einschränkungen ihrer persönlichen Freiheit konfrontiert, die beispiellos in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sind. Ältere Menschen sind durch das Coronavirus Sars-CoV-2 besonders gefährdet, sodass Lösungen, um die Gesundheit von Senioren zu schützen, gefunden werden müssen. Diese Lösungen dürfen aber nicht dazu führen, dass ältere Menschen sozial ausgegrenzt werden oder sie in Not- oder Krankheitssituationen geraten, die ihre psychische und physische Gesundheit und in der Konsequenz ihr Leben gefährden.

Es gibt mithin einige Erkenntnisse zu den Belastungen von Senioren durch die Corona-Einschränkungen, die jedoch, insbesondere auch mit Blick auf die gesundheitlichen Folgen, noch der Präzisierung bedürfen. Die Situation tiefergehend zu untersuchen ist mit Blick auf die negativen Auswirkungen unerlässlich.

Die Landesregierung ist aufgerufen, bei jeglichen freiheitseinschränkenden Maßnahmen den Nutzen für die Gesundheit und die Kosten sorgfältig abzuwägen. Weitergehende Einschränkungen der Grundrechte durch private Dritte, wie zum Beispiel der Bewegungsfreiheit durch Seniorenheimbetreiber, sind nicht hinnehmbar und müssen unterbunden werden.

Für die Fraktion:

Braga